



Es gilt das gesprochene Wort

**"Jugend außer Rand und Band -
wie kriminell ist unsere Jugend?"**

**Rede bei der Frauen Union Unterallgäu
in Babenhausen
am 21. September 2009**

Anrede!

"Jugend außer Rand und Band" - das Thema dieses Abends klingt in seiner entsetzlichen, traurigen Aktualität fast zu harmlos, zu spielerisch, zu wenig drastisch, wenn man sich die ungeheuerlichen Gewalttaten der letzten Tage in Bayern vor Augen führt. Eine Woche des Grauens liegt hinter uns.

Vorigen Donnerstag: Kurz nach 08.30 Uhr zündet ein 18-jähriger Schüler an seinem Gymnasium in der 11. Klasse einen Molotow-Cocktail und geht mit der Axt auf Schülerinnen los. Einen weiteren Brandsatz schleudert er in das schräg gegenüber liegende Zimmer der 9. Klasse, dieser zündet zum Glück nicht. Insgesamt werden ein Lehrer und acht Mitschüler verletzt, zwei davon schwer. Den Täter

macht die Polizei mit fünf Schüssen unschädlich, bevor sie ihn festnimmt.

Samstag vor einer Woche am S-Bahnhof in München-Solln: Zwei 17- und 18-Jährige verpassen einem 51-jährigen Geschäftsmann tödliche Schläge und Tritte gegen den Kopf. Insgesamt erlitt der Getötete 22 individualisierbare schwere stumpfe Verletzungen. Das Ganze geschah aus Rache. Der Geschäftsmann wollte vier 13- bis 15-jährige Jugendliche vor den Tätern schützen. Diese hatten zuvor versucht, Geld von ihnen zu erpressen. Aus Verärgerung darüber, dass der Geschäftsmann sie davon abhalten wollte, die Jugendlichen zu überfallen, prügeln sie ihn zu Tode.

Wie Sie bin ich entsetzt über diese Gewalttaten.
Man hat das Gefühl, wir werden derzeit von einer
Welle der Jugendgewalt überrollt.

Diese Fälle stehen zudem nicht isoliert da. Sie
haben sicherlich alle noch die schrecklichen
Überfälle in der Münchener U-Bahn zum
Jahreswechsel 2007/2008 in Erinnerung. Auf
Fernsehbildern konnten Sie verfolgen, wie ein 76-
jähriger Mann in brutalster Weise misshandelt
wurde, nur weil er zwei junge Männer gebeten hatte,
im Abteil ihre Zigaretten auszumachen.

Angesichts solcher Taten fragt man sich: Wie
gefühllos und brutal sind diese Täter? Wie
selbstverständlich muss es für sie sein, dass Regeln
für sie nicht gelten? Sind das Einzelfälle? Oder nur
einzelne Beispiele unter vielen?

Und vor allem: Was muss getan werden, um so etwas zu verhindern?

Anrede

Die Antworten sind nicht einfach.

Es ist nicht so, dass "die" Jugend als solche immer krimineller wird. Wir dürfen keineswegs die Jugend in Bausch und Bogen verurteilen. Die Jugendkriminalität hat seit 2004 eine eher stagnierende oder sogar rückläufige Tendenz. Neun von zehn Minderjährigen treten während ihrer gesamten Kindheit und Jugend strafrechtlich nicht in Erscheinung. Und wenn, dann mit überwiegend kleineren Delikten.

Sie verfügen nicht über die Worte, um einen Streit anders zu lösen. Sie müssen sich abreagieren und imponieren, sie lehnen sich gegen Autorität auflehnen und Grenzen austesten.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Auch diese jugendspezifische Kriminalität darf nicht toleriert werden. Aber die staatliche Reaktion muss hier maßvoll sein. Keine Stigmatisierung, keine Ausgrenzung, sondern möglichst eine Brücke zur Besserung.

Und hier hat sich unser Jugendstrafrecht auch ausgezeichnet bewährt. Die häufigsten Sanktionen bestehen schlicht aus Weisungen zum Lebenswandel, etwa an einem sozialen Trainingskurs teilzunehmen, sich eine Ausbildungsstelle zu suchen oder Arbeitsleistungen

zu erbringen. Meist bleiben die Taten dann episodenhaft und werden gerade nicht zum Beginn einer kriminellen Karriere.

Was mich beunruhigt, ist etwas anderes: Nämlich die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und Heranwachsenden. Das ist das, was uns allen Angst macht. gerade auch nach den Taten der letzten Woche.

Die Gewaltbereitschaft hat viele Jahre zugenommen. Bis 2007 zeigen die Statistiken einen stetigen Anstieg der Körperverletzungen. Insgesamt haben sich die Verurteilungen von Jugendlichen und Heranwachsenden wegen Körperverletzungsdelikten seit 1996 mehr als verdoppelt.

Das Schlimmste ist auch nicht der zahlenmäßige Anstieg, sondern die mitunter extreme Brutalität der Taten.

Dass, wie in München-Solln, wehrlos am Boden Liegende noch ins Gesicht getreten werden und die Täter dabei schwerste Verletzungen oder sogar den Tod der Betroffenen in Kauf nehmen, hat eine neue Qualität.

Das Gleiche gilt dann, wenn wahllos Mitschüler aus dem gleichen Gymnasium mit Axt, Messer und Molotow-Cocktail angegriffen werden.

Wirklich Sorgen bereiten uns daher die extrem brutalen Täter. Die Mehrfachtäter. Die Intensivtäter. Die, bei denen in der Entwicklung massiv etwas falsch gelaufen ist.

Wir haben deshalb vorige Woche am Mittwoch im Kabinett über die politischen Konsequenzen der Gewalttat von SolIn beraten.

Drei Punkte sind uns besonders wichtig:

Wir wollen - was zu Recht erwartet wird - den Schutz der Bevölkerung verbessern. Das bedeutet konkret: Mehr Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften auf Bahnhöfen und in Zügen. Von Seiten der Regierung aus wollen wir deshalb Gespräche mit der Deutschen Bahn und den Verkehrsbetrieben führen. Polizeibeamte sollen kostenlos in Zügen mitfahren können. In Nürnberg ist dies schon ausprobiert worden und hat in vielen Fällen zur Vermeidung von Straftaten geführt.

Darüber hinaus wollen wir aber auch Verbesserungen im Jugendstrafrecht und in der Jugendgerichtshilfe.

In der Diskussion um diese Gewaltfälle höre ich häufiger: Wir brauchen keine anderen Gesetze. Es genügt, wenn sich der Vollzug der Gesetze verbessert. So auch vorige Woche wieder von Frank-Walter Steinmeier und Brigitte Zypries von der SPD oder Sabine Leutheuser-Schnarrenberger von der FDP.

Was nichts anderes heißt als: Die Polizei und vor allem die Justiz ist zu langsam und zu lax im Umgang mit jungen Kriminellen.

Das Gegenteil ist richtig. Jedenfalls bei uns: In Bayern haben wir eine schnelle und schlagkräftige Justiz. Bei der Verfahrensdauer stehen unsere Gerichte bundesweit an der Spitze. Der Kanzlerkandidat der SPD Frank-Walter Steinmeier liegt daher falsch, wenn er kritisiert, die gerichtlichen Verfahren würden zu lang dauern, die Strafe solle auf den Fuß folgen. Effizienter als unsere Richter arbeiten keine ihrer Berufskollegen in anderen Bundesländern!

Ich lade Sie ein: Schauen Sie sich einmal eine Gerichtsverhandlung an. Bei volljährigen Tätern sind sie öffentlich. Sie können hingehen und sich selbst ein Bild machen.

Ich bin mir sicher: Sie werden keinen Fall erleben, in dem vor Gericht "Kuschelpädagogik" praktiziert wird.

Denn unsere Richter und Staatsanwälte wissen sehr wohl, wo es um einen einmaligen Ausrutscher eines pubertierenden Jungen geht. Und wo um Schwerstkriminalität gefährlicher Gewalttäter.

Aber meine Staatsanwälte und Jugendrichter sagen mir immer wieder, dass ihnen oft die Hände gebunden sind. Dass ihnen nämlich ausgerechnet für die wirklich gefährlichen Täter die passenden Instrumente fehlen. Und dass sie sich hier mehr Möglichkeiten wünschen.

Deshalb mache ich mich seit Jahren für einige Gesetzesänderungen stark. Und deshalb hat mich auch das Kabinett vorige Woche mit der Leitung einer Arbeitsgruppe beauftragt.

Innerhalb der nächsten vier Wochen will ich überprüfen, ob und wie wir mit der FDP eine Initiative im Bundesrat zur Konkretisierung des Jugendstrafrechts formulieren können.

Ich habe dabei mehrere Kernforderungen:

Bei der ersten habe ich die Fälle der Schwerstkriminalität im Auge. Mord, Raub, Vergewaltigung. Hier können die Richter maximal 10 Jahre Jugendstrafe verhängen. Das reicht für extreme Taten einfach nicht aus!

Ich will deshalb die Höchststrafe bei den Heranwachsenden, also den Angeklagten zwischen 18 und 21, auf 15 Jahre anheben.

Das lässt sich auch keinem erklären, wenn bei Mittätern einer Mordtat - nur weil es der Strafrahmen nicht anders zulässt - der 20-jährige Angeklagte eine Freiheitsstrafe von 10 Jahren oder darunter erhält, der 21-Jährige hingegen eine lebenslange Freiheitsstrafe. Und das, obwohl der 20-Jährige möglicherweise sogar der Treibende war.

Und es gibt noch einen weiteren Punkt, an dem ich etwas ändern will. Nämlich bei der Anwendung des Jugendstrafrechts an sich.

Bei den Heranwachsenden, also den Tätern zwischen 18 und 21 Jahren, muss das Gericht in jedem Einzelfall entscheiden, ob es Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht anwendet.

Leider ist es aber so, dass manche Gerichte mehr oder weniger schematisch das Jugendstrafrecht anwenden. Vor allem in den Städten, während die Richter auf dem Land häufiger nach Erwachsenenstrafrecht urteilen.

Das ist unbefriedigend und nicht im Sinne des Gesetzes. Wer überall als Erwachsener behandelt wird, den muss doch auch das Strafrecht für voll nehmen. Wie soll er sonst lernen, dass er für sein Tun verantwortlich ist?

Das Bundesverfassungsgericht hat im Juni dieses Jahres in einer Entscheidung bestätigt, was wir schon seit langem im Gesetz klarstellen wollen: Das Jugendstrafrecht kann bei Volljährigen nur im Ausnahmefall zum Zug kommen.

Darüber hinaus will ich den sog. Warnschussarrest einführen. Damit hat es folgendes auf sich:

Wird die Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt, muss der junge Täter die Strafe zunächst nicht absitzen. Wenn er in der Bewährungszeit keine neuen Straftaten begeht und die Auflagen des Gerichts erfüllt, wird ihm die Strafe erlassen. Es gibt viele Fälle, in denen das sinnvoll ist.

Es gibt aber leider immer wieder Jugendliche, die eine solche Strafe überhaupt nicht ernst nehmen. Sondern dies als "Freispruch 2. Klasse" verstehen. Denen muss klargemacht werden: Wer so denkt, spielt mit dem Feuer. Hierzu fordern wir den "Warnschussarrest". Gemeint ist damit: Die Haftstrafe wird zwar zur Bewährung ausgesetzt. Der Richter kann aber zusätzlich anordnen, dass der

Täter bis zu vier Wochen in eine Arrestanstalt einrücken muss. Und zwar am Anfang der Bewährungszeit - als "Warnschuss".

Dort erfährt er am eigenen Leib, was ein Leben hinter Gittern bedeutet. Und ihm wird schneller klar, dass er sich ändern muss, wenn er nicht die ganze Strafe absitzen will.

All diese Punkte können nur auf Bundesebene geändert werden. Aus Bayern haben wir dazu mehrfach Gesetzentwürfe vorgelegt. Regelmäßig hatten wir Erfolg im Bundesrat. Aber stets wurden sie schließlich von der Bundesjustizministerin blockiert. Auch nach der Tat in München-Solln sieht sie keinen politischen Handlungsbedarf.

Stattdessen wirft man uns vor, nur ständig höhere Strafen zu fordern. Aber das stimmt nicht. Und ich möchte das ganz klar sagen:

Wir reden über Intensivtäter, für die Straftaten normaler Alltag sind. Wir reden über Schwerekriminalität. Und das betrifft Gott sei Dank nur einen kleinen Teil aller jugendlichen Straftäter.

Deshalb geht es uns überhaupt nicht darum, einfach generell das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Es geht darum, für alle Täter die richtigen Maßnahmen parat zu haben, für die einen, aber eben auch für die anderen.

Anrede!

Es gibt aber noch einen weiteren Punkt, der besonderes wichtig ist. Den das Kabinett am Mittwoch auch besprochen hat. Es geht um die Fortführung bayerischer Präventionsmaßnahmen.

Strafrecht und Strafvollzug sind wichtige Instrumente, um verkorkste Lebensläufe zu korrigieren. Noch viel wichtiger aber ist es, dass es erst gar nicht so weit kommt. Dass solche Lebensläufe gar nicht erst entstehen. Hier müssen wir uns fragen, wo die Ursachen liegen und was wir präventiv dagegen tun können.

Wenn Jugendliche auf die schiefe Bahn geraten, hat das meist viele Ursachen. Oftmals stecken deutliche soziale und familiäre Problemlagen dahinter.

Häufig waren jugendliche Gewalttäter selbst Opfer von Gewalttaten - mitunter auch Opfer ihrer Eltern.

Wir brauchen uns dann nicht zu wundern, wenn Kinder und Jugendliche, die misshandelt wurden, selbst gewalttätig werden. An sich sind gerade die Eltern die ersten und wichtigsten Verantwortlichen, um Kindern und Jugendlichen Werte zu vermitteln und sie zur Gewaltfreiheit zu erziehen.

Daher muss man bereits in den Familien ansetzen. Kinder zu erziehen, ist nicht nur ein Recht der Eltern. Es ist auch ihre Pflicht. Es ist eine Verantwortung, die sie tragen. Für ihre Kinder. Aber auch für die Gesellschaft.

Umgekehrt darf die Gesellschaft die Verantwortung für die Kinder nicht einseitig den Eltern zuschieben. Wir alle sind gefordert. Politiker, Kirchen, Sozialverbände, Jugendamt, Polizei, Vereine und Nachbarn.

Und die Schulen. Ich weiß, das ist viel verlangt. Aber wenn die Familie versagt, wenn Kinder von ihren Eltern nicht die Fürsorge und Förderung erfahren, die sie benötigen, fällt den Schulen eine große Verantwortung zu.

Schon heute leisten engagierte Lehrkräfte auf diesem Gebiet eine Menge. Das beginnt dort, wo sie den Schülerinnen und Schülern - neben dem üblichen Unterrichtsstoff - soziale Fähigkeiten vermitteln.

Dazu gehören manchmal auch ganz elementare Dinge: Höflichkeit, Respekt, Achtung vor den Mitmenschen sowie die Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Ergänzend hierzu haben wir in Bayern eine Vielzahl landesweiter Programme installiert. Zum Beispiel "PIT" - Prävention im Team. Lehrkräfte, Polizeibeamte, Drogenberater und Bewährungshelfer unterrichten hier zu den Themen "Gewalt", "Sucht" und "Eigentum".

Ganz wichtig sind die an vielen Schulen eingerichteten Streitschlichterprogramme und Schulsozialarbeiter. So sinkt die Gewaltbereitschaft an Schulen durch die Jugendsozialarbeit in der Regel um die Hälfte. Und die Sozialarbeiter können

eingreifen, schon wenn sich erste Ansätze für eine kriminelle Karriere zeigen.

In Bayern sind inzwischen gerade an Brennpunktschulen fast 400 Stellen für Jugendsozialarbeiter geschaffen worden. Die Staatsregierung hat sich nun das Ziel gesetzt, in 10 Jahren die 1000ste Jugendsozialarbeiterstelle zu besetzen.

Oberstes Ziel für uns aber ist: Allen Jugendlichen in Bayern einen Schulabschluss und eine Ausbildung zu geben. Eine gute Lebensperspektive - das ist das, was Gewalt verhindern kann. Die Täter von Soln - ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung, ohne Zukunft. Die Täter in der Münchner U-Bahn: Das gleiche Bild. Wir müssen und wollen verstärkt Auswege aus der Perspektivlosigkeit schaffen - zum Schutz der Opfer und der Täter vor sich selbst.

Anrede

Wenn es um Jugendgewalt geht, müssen wir das Augenmerk auch auf die Medien richten. Gewalt ist in unserer Mediengesellschaft allgegenwärtig. Grausamste Horrorfilme und Killerspiele sind heute im Prinzip von jedermann im Internet leicht zu besorgen.

Gewaltdarstellungen und Gewaltverherrlichungen in den Medien dürfen als Ursache für Jugendgewalt nicht unterschätzt werden. Zwar brennt bei keinem allein deswegen eine Sicherung durch.

Wissenschaftliche Studien lassen allerdings keine Zweifel daran, dass Gewaltexzesse in den Medien Auslöser für Gewalthandlungen junger Menschen sein können. Gerade bei labilen jungen Menschen

mit familiären oder sozialen Problemlagen können sie zu Verstärkungs- und Nachahmungseffekten führen.

Die Amokläufe von Bad Reichenhall, Emsdetten und Winnenden zeigen: Unsere Kinder und Jugendlichen müssen vor solchen menschenverachtenden Gewaltprodukten geschützt werden.

Ich bin deshalb für ein strafrechtliches Verbot der Herstellung und Verbreitung von Killerspielen. Nicht nur, dass ich in diesen Spielen keinen Nutzen erkennen kann. Mir geht es darum, Spiele zu verbieten, die den Spieler selbst "virtuell" an grausamen, unmenschlichen Gewaltakten gegen Menschen beteiligen. Der Weg in die Gewaltkriminalität ist nicht weit, wenn man als junger Mensch tagtäglich Gewalt am Bildschirm übt.

Ferner appelliere ich an die Medien: Wie soll man Kinder zur Gewaltfreiheit erziehen, wenn im Fernsehen zur besten Sendezeit die Leichenteile durch die Luft fliegen? Wer sich als Volljähriger Horrorfilme "reinziehen" will, den werden wir kaum davon abhalten können. Aber er soll sich dafür doch bitteschön einen Decoder kaufen.

Und wir dürfen nicht vergessen: Allein mit Verboten und Strafvorschriften ist es nicht getan. Unser Ziel muss es daher unbedingt auch sein, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Sie müssen zu einem bewussten Umgang mit Internet, Computerspielen und Fernsehen motiviert werden. Als Verbraucherschutzministerin will ich mich daher dafür einsetzen, dass ihnen dies künftig an Schulen noch intensiver vermittelt wird.

Geplant ist hier bereits für dieses Schuljahr die Einführung eines so genannten "Medienführerscheins" für Grundschüler. Außerdem entwickelt mein Haus gerade zusammen mit dem Kultusministerium entsprechende Fortbildungskonzepte für Lehrer; auch Unterrichtsmaterialien werden ausgearbeitet.

Anrede

Sie sehen: der Kampf gegen Jugendkriminalität ist ein Kampf, der auf vielen Ebenen geführt werden muss. Es gibt vieles, was getan wird. Es gibt einiges, was noch getan werden muss. Wichtig ist vor allem, dass wir etwas tun. Und dass wir den Tätern klar machen, dass es bei uns keine rechtsfreien Räume gibt.